

- allgemeine sozialpolitik
- alterssicherung/betriebliche altersvorsorge
- altersteilzeit/teilzeit
- arbeitsmarktpolitik
- arbeits- und gesundheitsschutzpolitik
- behindertenpolitik
- gesundheitspolitik
- soziale selbstverwaltung/sozialwahlen

Nr. 101

16. November 2010

Rente mit 67: Will uns die Bundesregierung wirklich für dumm verkaufen?

Der Bericht der Bundesregierung zur „Rente mit 67“ ist nicht wirklich eine Überraschung; er ist so ausgefallen wie erwartet.

Hintergrund ist der Berichtsauftrag, der mit der Rentenreform 2007 ins Gesetz geschrieben wurde: Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften vom Jahr 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu berichten und – kurz gesagt – eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die „Rente mit 67“ bestehen bleiben kann. Diesen Bericht will die Bundesregierung am 17.11.2010 dem Kabinett vorstellen. Zeitgleich soll auch der jährliche Rentenversicherungsbericht 2010 behandelt werden.

Wie die Diskussion der letzten Monate gezeigt hat, ist die schwarz-gelbe Regierung der Ansicht, dass die Bedingungen für ein längeres Arbeiten gegeben sind. Dies wird in dem umfangreichen Bericht mit einem ebenso umfangreichen Tabellenanhang versucht, den Menschen schön zu reden.

Zusammengefasst heißt das: Ihr müsst nur wollen, dann gelingt es auch!

Die Bundesregierung setzt sich jedoch nicht mit den tatsächlichen Bedingungen Älterer im Erwerbsleben auseinander. Gar keinen Gedanken verschwendet die Bundesregierung offenbar daran, wie Menschen mit Behinderungen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes zurecht kommen sollen. Das „Netzwerk für eine gerechte Rente“ (www.gerechterente.net) aus Gewerkschaften und Sozialverbänden hat der Politik und der interessierten Öffentlichkeit in vier Monitoring-Berichten wissenschaftlich nachgewiesen, dass ein Anheben des Renteneintrittsalters auf 67 für viele Beschäftigte unerreichbar ist und es zu wenig gute Arbeit für ein Arbeiten bis 67 gibt. Tatsächlich bedeutet die „Rente mit 67“ für Viele eine Rentenkürzung. Die wesentlichen Inhalte zum vierten

Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Ressort 10

verantwortlich:
Elke Hannack
Mitglied des Bundesvorstandes

Redaktion:
Judith Kerschbaumer
Bereichsleitung

Bereich Sozialpolitik

judith.kerschbaumer@verdi.de

www.sopo.verdi.de



1 / 1

Monitoring-Bericht siehe *sopoaktuell* Nr. 98 vom 17.9.2010 mit weiteren Hinweisen auf die ver.di-Infos aus der Sozialpolitik zur „Rente mit 67“ unter www.sopo.verdi.de.

Wirklich tragisch ist die plan- und strukturlose Alterssicherungspolitik der schwarz-gelben Koalition. Das Festhalten an der sog. Beitragssatzstabilität, d. h. das der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 20 % bis 2020 und 22 % bis 2030 nicht überschritten werden darf, wird in ganz vielen Fällen zu Altersarmut führen. Die schwarz-gelbe Koalition nimmt billigend in Kauf, dass das Rentenniveau weiter absinken wird und immer mehr Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen werden müssen. Dazu lohnt ein Blick in den Rentenversicherungsbericht 2010, der mit dem Bericht zur „Rente mit 67“ parallel diskutiert wird. Im Rentenversicherungsbericht 2010 werden – um die finanzielle Entwicklung der Renten bis 2024 positiv darzustellen – verschiedene Annahmen vorausgesetzt, die mehr als fraglich sind. So wird die durchschnittliche Zuwachsrate der Durchschnittsentgelte aller Versicherten mit 2,8 % in den alten Bundesländern festgelegt, in den neuen Bundesländern soll im Jahr 2030 100 % des jeweiligen Lohnniveaus der alten Bundesländer erreicht werden. Schön wär's! Diese viel zu positiven Zahlen, die nichts mit der Realität auf dem Arbeitsmarkt zu tun haben, führen dennoch dazu, dass das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern) von derzeit knapp 52 % auf 46 % im Jahr 2024 absinken wird. Männer, die vor ungefähr einem Jahr in Rente gingen, erhielten nur noch eine durchschnittliche Nettorente von rd. 820 Euro. Der in der Rentenstatistik immer sehr bemühte „Standardrentner“ hat eine Rente von rd. 1.100 Euro netto. Dies allein zeigt, wie weit Anspruch und Wirklichkeit bei der Rente auseinander liegen. Nachdem die schwarz-gelbe Koalition die rentenrechtliche Absicherung von Alg II-Bezieher/innen ab 1.1.2011 ganz gestrichen hat und viele Versicherte mit längeren Arbeitslosigkeitszeiten in den nächsten Jahren in Rente gehen werden, wird das tatsächliche Rentenniveau weiter absinken. Diese Bundesregierung nimmt Altersarmut nicht nur billigend in Kauf, sondern tut derzeit auch alles dafür, dass sie noch mehr Menschen betrifft als bisher.

ver.di ist der Ansicht, dass das Thema Altersarmut dringend auf gesamtgesellschaftlicher Ebene diskutiert und Lösungsvorschläge umgesetzt werden müssen. Ein neues Referat im zuständigen Ministerium zu schaffen, wie dies die schwarz-gelbe Koalition ab dem Jahr 2011 beabsichtigt, reicht dazu ganz und gar nicht aus. Vielmehr muss eine breitere gesellschaftliche Solidarität zurückerobert werden. Deshalb unterstützt ver.di den Vorschlag des DGB, den Beitragssatz um rd. 0,6 %-Punkte (0,3 %-Punkte für Arbeitgeber/innen und 0,3 %-Punkte für Arbeitnehmer/innen) anzuheben, um die „Rente mit 67“ zu verhindern. Im Rentenversicherungsbericht 2010 wird tatsächlich vorgeschlagen, den Beitragssatz ab 2014 auf 19,3 % abzusenken. Weniger Beitrag allerdings würde auch weniger Rente bedeuten – das will ver.di auf gar keinen Fall!

Daneben müssen Reformen der letzten Jahre, wie die Verschlechterung der Erwerbsminderungsrente (EM-Rente) rückgängig gemacht werden. Menschen, die zu jung für eine Altersrente aber zu krank für den Arbeitsmarkt sind, müssen eine angemessene EM-Rente in Anspruch nehmen können. Dies gilt insbesondere für immer mehr Menschen, die von Behinderung bedroht sind. Darüber hinaus müssen mehr soziale Ausgleichselemente – wie die Absicherung im Alg II-Bezug und die Rente nach Mindesteinkommen für Menschen, die lange im Solidarsystem waren und gering verdient haben, sowie die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung – umgesetzt werden.

Auch wenn mit der Veröffentlichung des Berichts zur „Rente mit 67“ die Bundesregierung scheinbar einen Schlussstrich unter das Thema ziehen will, wird ver.di nicht nachlassen, weiterhin für eine gerechte und soziale Alterssicherungspolitik zu kämpfen, denn „Gerechte Rentenpolitik geht anders! – Altersarmut darf es in unserem Land nicht geben!“